

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Alexander Ulrich, Fabio De Masi, Jörg Cezanne, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

– Drucksache 19/15919 –

Initiative von Industrie und Gewerkschaften aufgreifen – Investitionen für ein zukunftsfähiges Deutschland

A. Problem

Am 18. November 2019 forderten der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) von der Bundesregierung eine „ambitionierte Investitionsoffensive der öffentlichen Hand“. Die Initiative von DGB und BDI gründet auf der Studie „Für eine solide Finanzpolitik: Investitionen ermöglichen!“ des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung und des Instituts der deutschen Wirtschaft, in der es unter anderem heißt: „Die öffentliche Hand in Deutschland hat in den vergangenen beiden Jahrzehnten die eigenen Investitionen massiv vernachlässigt.“

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimm-enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/15919 abzulehnen.

Berlin, den 9. September 2020

Der Haushaltsausschuss

Peter Boehringer
Vorsitzender und Berichterstatter

Eckhardt Rehberg
Berichterstatter

Dennis Rohde
Berichterstatter

Otto Fricke
Berichterstatter

Dr. Gesine Löttsch
Berichterstatterin

Sven-Christian Kindler
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Eckhardt Rehberg, Dennis Rohde, Peter Boehringer, Otto Fricke, Dr. Gesine Löttsch und Sven-Christian Kindler

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 141. Sitzung am 17. Januar 2020 den Antrag auf **Drucksache 19/15919** zur federführenden Beratung an den Haushaltsausschuss und zur Mitberatung an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Energie sowie an den Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage/n

Mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. soll der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern,

1. eine konzertierte Initiative für eine Investitionswende zur Beseitigung der Mängel am öffentlichen Kapitalstock einzuberufen;
2. einen Gesetzentwurf vorzulegen, um für diese Investitionsoffensive einen Finanzierungskanal bereitzustellen, der unabhängig von der aktuellen Haushaltslage und der konjunkturellen Lage verlässlich verfügbar ist;
3. darauf hinzuwirken, den aktuell geltenden Rahmen für die Finanzpolitik – mit Schuldenbremse, Stabilitäts- und Wachstumspakt sowie Fiskalpakt – so zu modifizieren, dass die Finanzierung des Investitionsbedarfs auch durch Kredite möglich ist;
4. einen Gesetzentwurf vorzulegen, um zu einer Überwindung der Unterfinanzierung der Kommunen beizutragen, auch durch gezielte Entschuldungsprogramme.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 19/15919 in seiner 93. Sitzung am 9. September 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Vorlage abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 19/15919 in seiner 83. Sitzung am 9. September 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Vorlage abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen** hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 19/15919 in seiner 53. Sitzung am 9. September 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Vorlage abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Haushaltsausschuss hat in seiner 53. Sitzung am 15. Januar 2020 auf Antrag der Fraktion DIE LINKE. und mit den Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD die Durchführung einer öffentlichen Anhörung zur Thematik Schuldenbremse/Investitionen beschlossen.

Die öffentliche Anhörung – unter anderem – zu dem Antrag auf Drucksache 19/15919 führte der Haushaltsausschuss in seiner 56. Sitzung am 2. März 2020 durch. Folgende Einzelsachverständige, Verbände und Institutionen hatten Gelegenheit zur Stellungnahme:

Prof. Dr. Peter Bofinger, Universität Würzburg

Prof. Dr. Thiess Büttner, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Prof. Dr. Sebastian Dullien, Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung in der Hans-Böckler-Stiftung

MR BRH Dieter Hugo, Bundesrechnungshof

Dr. Stephan Kohns, Deutsche Bundesbank

Prof. Tom Krebs, Ph.D., Universität Mannheim

Prof. Dr. Dirk Meyer, Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg

Prof. Dr. Dr. h.c. Christoph M. Schmidt, RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Prof. Dr. Achim Truger, Universität Duisburg-Essen

Prof. Dr. Volker Wieland, Universität Frankfurt

Das Ergebnis der öffentlichen Anhörung ist in die Ausschussberatungen eingegangen. Das Protokoll (Protokoll-Nr. 19/56) einschließlich der eingereichten schriftlichen Stellungnahmen der Sachverständigen (Drucksache 19(8)5674) ist der Öffentlichkeit zugänglich.

Unter Einbeziehung der Ergebnisse der öffentlichen Anhörung vom 2. März 2020 hat der **Haushaltsausschuss** in seiner 70. Sitzung am 9. September 2020 den Antrag der Fraktion DIE LINKE. abschließend beraten. Er beschloss mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 19/15919 abzulehnen.

Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefasst.

Berlin, den 9. September 2020

Eckhardt Rehberg
Berichtersteller

Dennis Rohde
Berichtersteller

Peter Boehringer
Berichtersteller

Otto Fricke
Berichtersteller

Dr. Gesine Löttsch
Berichtersterlerin

Sven-Christian Kindler
Berichtersteller